

ANFRAGE von Monika Wicki (SP, Zürich) und Judith Stofer (AL, Zürich)

betreffend «Heisse Fäuste im Kalten Krieg»

Im August 1957 wurden beim Bahnhof Enge Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau bei ihrer Rückkehr von Hunderten von Demonstranten angegriffen, verprügelt und mit Waffen bedroht; ihr Gepäck wurde zerstört und in Brand gesteckt. Keiner der Täter wurde angeklagt, keiner wurde bestraft. Nun erschien im Frühjahr 2019 im Zürcher Limmatverlag unter dem Titel «Heisse Fäuste im Kalten Krieg - Antikommunistischer Krawall beim Bahnhof Enge 1957» eine Aufarbeitung dieses Vorfalles. Das Buch postuliert eine Verletzung der Grundrechte durch die Justiz. Es seien die Grundsätze des Rechtsstaates missachtet und die Grundrechte der betroffenen Personen verletzt wurden. Die für den Bahnhof zuständige Kantonspolizei habe trotz Kenntnis der Ankunftszeit unterlassen, die Rückkehrerinnen und Rückkehrer zu schützen. Obwohl die Drahtzieher bekannt gewesen waren, seien die Aggressoren nicht identifiziert und einer juristischen Strafuntersuchung zugeführt worden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat das Verhalten der Kantonalen Behörden (Polizei, Staatsanwaltschaft) 1957 heute in politischer und rechtlicher Hinsicht?
2. Wie ist das heutige Dispositiv des Regierungsrates zum Schutz von politischen und anderen Minderheiten vor aggressiven Handlungen? Welches sind die zentralen Schritte, die zum heutigen Dispositiv geführt haben?
3. Wer Gewalt erlebt, erlebt Ohnmacht, fühlt sich ausgeliefert und verraten. Die Folgen dieser Gewalt sind schwerwiegend und oft traumatisierend und prägen den Menschen sein ganzes Leben lang. Damit für die von Gewalt Betroffenen und die Öffentlichkeit eine Einordnung und Verarbeitung der Vorfälle möglich wird, ist es wichtig, dass im Fall der antikommunistischen Krawalle von 1957 geprüft wird, ob der Staat damals die Grundrechte verletzt hat. Ist der Regierungsrat bereit, eine unabhängige Aufarbeitung der Vorfälle von 1957 in die Wege zu leiten und finanziell zu unterstützen (beispielsweise durch Ausschreibung eines aus dem Lotteriefonds finanzierten Forschungsprojekts der Universität)?

Monika Wicki
Judith Stofer